

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Verlagsabteilung des Verlagsbundes in Leipzig, Postfach 100, entgegen. — Druck und Verlag: Verlagsbundes-Druckerei, Leipzig, Postfach 100.

Abdruck von Artikeln aus dem Auer Tageblatt ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlagsbundes in Leipzig, Postfach 100, nicht gestattet.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 57

Dienstag, den 9. März 1926

21. Jahrgang

Günstige Vorbereitungen in Genf.

Die Situation „mühselos aufgelöst“.

Die Ankunft der deutschen Delegation in Genf.

Genf, 8. März. Die deutsche Delegation ist heute Abend mit dem schiffplanmäßigen Zug gegen 8 1/4 Uhr in Genf angekommen und ist im Hotel Metropole, das u. a. auch eine große deutsche Flagge trägt, abgestiegen. Die Reise verlief planmäßig. In Karlsruhe erhielt die deutsche Delegation die WTB-Nachricht von dem Sturz des Kabinetts Briand. Um Badischen Bahnhof in Basel wurde die deutsche Delegation von Vertretern der Kantonsregierung bewillkommen, unter deren Führung der Reichskanzler und einige andere Herren eine kurze Fahrt durch die Stadt machten. In Genf wurde die Delegation von einer größeren Menschenmenge, darunter zahlreichen Journalisten, empfangen. Der deutsche Gesandte Dr. Wolff Müller in Bern begleitete die deutsche Delegation von Basel ab.

Eine Erklärung Luthers.

Wald nach seiner Ankunft in Genf gab Reichskanzler Dr. Luther folgende Erklärung ab:

„Ich freue mich, wieder einmal in Genf weilen zu können, wo ich den Anfang meiner Studienzeit verbracht, was zu meinen eindrucksvollsten Lebenserinnerungen gehört. Genf ist mir durch dieses persönliche Erlebnis stets in erster Linie als eine Werkstatt wissenschaftlichen Strebens, als eine der geliebten Zentren Europas lebendig geblieben. Politische Erklärungen werden Sie heute Abend von mir nicht erwarten. Den deutschen Standpunkt in den großen politischen Fragen, die hier in Genf zur Erörterung stehen werden, habe ich ja vor wenigen Tagen in meiner Hamburger Rede klar zum Ausdruck gebracht. Er ist gekennzeichnet durch den Leitgedanken, daß für Deutschland von dem Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund an in dieser gemeinsamen Arbeit die großen Ziele des Bundes und das Interesse der Gesamtheit seiner Mitglieder maßgebend sein werden. Ich hoffe zuversichtlich, daß die kommende Tagung in

Eine vierstündige Vorbereitungsbesprechung.

Genf, 7. März. Die Vorbereitungen, die um 8 Uhr nachmittags beginnen, dauerten annähernd vier Stunden. Es nahmen hieran Dr. Luther, Dr. Stresemann, Chamberlain, Briand, Scialoja und Vandervelde teil. Das Hotel Beau Rivage, in dem die englische Delegation wohnt, war während der Dauer der Konferenz von einer großen Anzahl Journalisten, Fotografen und Neugierigen belagert, die die Delegierten beim Verlassen des Hotels mit Fragen belästigten. Es wurde indessen von allen Delegierten lediglich die vereinbarte gleichlautende Kundgebung ausgegeben, die zwar keine Einzelheiten über die bekannten Gesprächs-

gegenstände bringt, aber immerhin die „mühselose Aufklärung“ unterstreicht.

Eine gemeinsame Kundgebung.

Ueber die heutige Besprechung wurde die folgende gemeinsam vereinbarte Kundgebung ausgegeben:

„Die Vertreter der Staaten, die sich in Vercano zum Abschluß des Rheinlandpakt vereinigt haben, sind zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf versammelt. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühselos die gegenseitige Situation aufklärten. Auf diesen ersten Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterhaltung folgen.“

Beland nach Paris zurückgekehrt.

Genf, 7. März. Mit Rücksicht auf die französische Kabinettskrise kehrt Briand heute Abend nach Paris zurück. Er sprach jedoch die Hoffnung aus, daß er Dienstag vormittag wieder in Genf sein könne. Der zweite französische Delegierte Paul Boncour bleibt hier.

Der feierliche Moment.

Die Genfer Sondertagung des Völkerbundes, die also so gut wie bisher mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund endigen wird, wird ohne besonderen äußeren Prunk verlaufen. Die Stadt Genf bewahrt dieser Tagung gegenüber das gleiche neutrale Gewand wie zu allen anderen Völkerbundstagen und plant keinerlei Festlichkeit. Lediglich die Genfer Presse-Association wird ein großes Bankett veranstalten, zu dem mit den Staatsmännern der Entente auch Dr. Luther und Dr. Stresemann eingeladen werden.

Der feierliche Augenblick der Tagung wird also der Einzug der Deutschen in die Völkerbundsvollversammlung sein, und zwar wahrscheinlich Dienstag nachmittags nach erfolgter Abstimmung. Dann wird zu den Flaggen der übrigen Nationen im Reformationsaal auch die deutsche Flagge hinzukommen, und die Reden der deutschen und der alliierten Staatsmänner werden die historische Bedeutung des politischen Augenblickes umschreiben.

Spanien und der Völkerbund.

Madrid, 7. März. Die Agentur Fabra meldet: Die Regierungen von Guatemala, Chile, Columbia, Venezuela, Lettland und Bulgarien boten Spanien an, es bei seinen Bemühungen um einen vollständigen Sitz im Völkerbundrat nachdrücklich zu unterstützen. Dieses Angebot machte in politischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck.

Schlägereien zwischen Roten Frontkämpfern und Stahlhelmläuten in Berlin.

Berlin, 8. März. Wie der „Montag“ meldet, wurden etwa zwanzig Mitglieder des Stahlhelms, die zu einer Fahnenweihe nach Weiskensee wollten, von Roten Frontkämpfern angegriffen, worauf es zu einer allgemeinen Schlägerei kam, bei der mehrere Stahlhelmläute durch Schlagringe verletzt wurden. Demselben Blatt zufolge wurden gestern nachmittags auch in Pantow Stahlhelmläute von einer großen Kommunistenmenge überfallen und niedergeschlagen.

Zurückziehung einer Klage des Montagmorgen gegen den früheren Kronprinzen.

Berlin, 8. März. Aus einer vom „Montagmorgen“ veröffentlichten Erklärung, die, wie das Blatt mitteilt, zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Alberg als Vertreter des ehemaligen Kronprinzen und dem Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Debi als Vertreter des „Montagmorgen“ gemeinsam vereinbart worden ist, ist zu entnehmen, daß das Blatt seine Beleidigungsklage gegen den ehemaligen Kronprinzen zurückgezogen hat. Es handelte sich um die Ungelegenheit des Dolomitsfahrers Rappisch und seiner Tochter. Der vormalige Kronprinz hatte in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß, daß über die Angelegenheit verleumderische Nachrichten verbreitet worden seien. Auf die von dem Blatt daraufhin angestrebte Beleidigungsklage hatte der ehemalige Kronprinz erklärt, daß der Ausdruck „verleumderisch“ sich nicht auf die Veröffentlichung des „Montagmorgen“ beziehe, so daß die Klage zurückgezogen wurde.

Bodenreform und andere Entdeutschungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei.

Die Entdeutschungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei haben auf alle Gebiete des staatlichen und kulturellen Lebens übergriffen. Von dem Abbau der Staatsangestellten wurden fast ausschließlich die Deutschen betroffen, denn von rund 3000 abgebauten Post- und Eisenbahnbeamten waren 80 Prozent deutsch. Den Deutschstämmigen sperrt man die Schulen, den Klubs, dagegen erlaubt man Neugründungen von Schulen und trägt sie rücksichtslos in das deutsche Siedlungsgebiet vor. Die wenigen erhalten gebliebenen deutschen Theater, wie in Prag, Eger und Brünn, bringt man unter der Androhung der Konfiskationsziehung im Weigerungsfalle, ihre deutschen Kräfte, darunter hervorragende künstlerische Kräfte, zu entlassen.

Jeder Volkstamm kauft am liebsten im Boden. Deshalb sucht der Prager Nationalistenstaat das deutsche Element vor allem des eigenen Bodens zu berauben. Auf diese Tendenz wurde die Arbeit des Bodenaamtes denn auch von vornherein eingestellt. Man kann jetzt diese Arbeit einigermaßen überblicken. Der in Prag erscheinende „Bentow“ hat vor kurzem statistische Daten über die bisherige Durchführung der Bodenreform in den „historischen Ländern“ gebracht. Danach wurden insgesamt 1 229 688 Hektar landwirtschaftlichen Bodens sowie 2 733 376 Hektar nicht landwirtschaftlichen Bodens, vor allem Wald, beschlagnahmt. Die Beschlagnahme betraf zum weitaus überwiegenden Teil den deutschen Besitz. Schon allein aus dem Grunde, weil der Großgrundbesitz fast ausschließlich in deutschen Händen war. Allerdings gibt es da gewisse Schwankungen, weil einzelne Familien mit deutschem Namen, wie die Schwarzenbergs, Thuns usw., ebenfals zum Tschechentum wie zum Teufelium gerechnet werden können. Immerhin darf man mit einiger Sicherheit annehmen, daß die Beschlagnahme des landwirtschaftlichen Bodens zu rund 90 Prozent den deutschen Besitz betroffen hat. Von dem landwirtschaftlichen Besitz wurden 329 048 Hektar den Eigentümern freigegeben, so daß ungefähr 900 640 Hektar zur Verteilung standen. Bis zum Schluß des Jahres 1925 wurden in Böhmen, Mähren, Schlesien, der Slowakei und Karpaten-Rußland insgesamt 681 136 Hektar landwirtschaftlichen Bodens, abgesehen von den Wäldern, übernommen und zugeteilt, davon allein im Jahre 1925 rund 250 000 Hektar; ungefähr 80 000 Hektar wurden freihändig veräußert, 2500 Hektar aus dem Beschlagnahmeverfahren herausgenommen und 102 500 Hektar durch langfristige Pacht angekauft, als Hausflächen zugeteilt oder verstaatlicht. Es blieben am Jahreschluß zur „Verarbeitung“, wie es in dem Bericht des Bodenaamtes heißt, noch etwa 154 501 Hektar. Insgesamt ist also über 90,7 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens bereits veräußert, und nur noch 9,3 Prozent bleiben zu verteilen.

Begründet wurde dieser gewaltige Eingriff in die Bodenverteilung mit sozialen Rücksichten, d. h. mit der Notwendigkeit der Beschaffung des Großgrundbesitzes. Das wahre Motiv war aber die Entnationalisierung des deutschen Besitzes. Den deutschen Grundbesitz zerstückelt man in erster Linie, und von dem beschlagnahmten Boden gab man, wie heute feststeht, 97,85 Prozent an Tschechen, dagegen nur 2,15 Prozent an Deutsche. Bei Verteilung des enteigneten Bodens wurden alle rechtlichen Grundzüge außer Acht gelassen. Es wurden die Preise des Jahres 1914 zugrundegelegt. Dadurch wurde eine Übernahme der enteigneten Grundstücke zu einem Fünftel des heutigen Preises, also zu wahren Spottpreisen ermöglicht. Protektionismus, Korruption und Bodenschleberei schlimmster Art griffen Platz. Besonders standhaft ist die Verteilung der sogenannten „Restgüter“, für die allein 127 000 Hektar vorgesehen sind. Ein slowakischer Abgeordneter bezeichnete kürzlich die Art der Verteilung der sogenannten Restgüter an Günstlinge der Regierung, des Bodenaamtes und der allmächtigen Agrarpartei als „moderne Räuberei“. Die „Dobrovoľný“, das Organ der tschechischen Volkspartei, erklärte kürzlich in einer Polemik gegen die tschechischen Agrarier, daß mit dem Boden im Widerspruch mit allen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit im wahren Sinne des Wortes Handel getrieben worden sei, das Bodenaamt sei zu einem Monstrum einer demokratischen Staatsbehörde geworden.

Darf man hierzu die neueste Sprachenverordnung der Tschechen mit ihren Kautschukparagrafen, dann sieht man, mit welcher Niedertracht die Politik der Tschechen darauf ausgeht, Wirtschaft und Kultur der Deutschen zu vernichten.

Die Mecklenburger Fememörder begnadigt.

Das Mecklenburg-Schwerinsche Staatsministerium hat, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, die im November vorigen Jahres wegen Fememord zum Tode verurteilten Deumant Schlier, Feldwebel Plezka, Stalla, Rogon, Woldt und Peters begnadigt und die Todesstrafe in Zuchthausstrafe umgewandelt.

Der Kompromißentwurf für die Deutschnationalen unannehmbar.

Von maßgebender deutschnationaler Seite wird den Blättern mitgeteilt, daß die Kompromißvorschläge der Regierungsparteien für die Auseinandersetzung über das fürstliche Eigentum für die Deutschnationalen unannehmbar seien.

Gedrüder Darmat erneut verhaftet.

Den Blättern zufolge hat die zuständige Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen Verdacht geschöpft, daß die Brüder Julius und Henry Darmat vor der Behandlung ins Ausland fliehen wollten. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters sind die beiden Darmats von der Berliner Kriminalpolizei erneut verhaftet worden. — Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat nach Blättermeldungen beantragt, eine Reihe von Personen, gegen die in der Darmatanglegenheit die Voruntersuchung geführt worden war, außer Befolgung zu setzen. Darunter befinden sich Geheimrat Rade, Ministerialdirektor Dr. Raub, Salomon und Staat Darmat und die Direktoren Wolff und Konigk.

nenfabrik
Tel. 207.
Leipziger Messe 1926, Halle 9, Stand 147/217.
ninen
führung.
gshaus
und
chen,
und
am
Aue
stätten.
aren!
bindung mit
geringstem
nur in der
kosten, im
ck kommen,
ssigung der
ller garten-
ngekalk,
in-
tel.
ngekalk
steinen
verke
und
Erzg.
steinwerke
e
auf
%.